

1108 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Nachdruck vom 15. 1. 1990

Regierungsvorlage

Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend die Beseitigung bestehender und Verhinderung neuer mengenmäßiger Beschränkungen bei der Ausfuhr sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung samt gemeinsamer Erklärung der Vertragsparteien

ZUSATZPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT BETREFFEND DIE BESEITIGUNG BESTEHENDER UND VERHINDERUNG NEUER MENGENMÄSSIGER BESCHRÄNKUNGEN BEI DER AUSFUHR SOWIE VON MASSNAHMEN GLEICHER WIRKUNG

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

einerseits und

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

andererseits,

GESTÜTZT AUF das am 22. Juli 1972 in Brüssel unterzeichnete Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich, nachstehend „Abkommen“ genannt, insbesondere auf Artikel 32,

EINGEDENK der in der am 9. April 1984 von den Ministern der EFTA-Staaten und der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg verabschiedeten gemeinsamen Erklärung zum Ziel erhobenen Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraums,

IN DEM BEWUSSTSEIN der Notwendigkeit, ihre Handelsbeziehungen im Interesse beider Wirtschaften durch Beseitigung bestehender und Verhinderung neuer Hemmnisse bei der Ausfuhr von unter das Abkommen fallenden Erzeugnissen zu entwickeln,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß dessenungeachtet eine Vertragspartei sich unter bestimmten

außergewöhnlichen Umständen gezwungen sehen kann, ausfuhrwirksame Schutzmaßnahmen zu treffen, und daß es angezeigt ist, dazu spezifische Bestimmungen zu schaffen,

HABEN BESCHLOSSEN, DIESES PROTOKOLL ZU SCHLIESSEN:

Artikel 1

Folgende Artikel werden in das Abkommen eingefügt:

„Artikel 13 a

(1) Im Warenverkehr zwischen der Gemeinschaft und der Republik Österreich werden keine neuen mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen bzw. Maßnahmen gleicher Wirkung verfügt.

(2) Alle mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung werden zum 1. Jänner 1990 aufgehoben; ausgenommen davon sind die Maßnahmen, die für die im Protokoll Nr. 6 aufgeführten Waren am 1. Jänner 1989 gelten und die nach Maßgabe des genannten Protokolls beseitigt werden.

Artikel 13 b

Die Vertragspartei, die eine Änderung ihrer Regelung der Ausfuhren in Drittländer erwägt, hat dies dem Gemischten Ausschuss nach Möglichkeit mindestens dreißig Tage vor Inkrafttreten der in Aussicht genommenen Änderung zu notifizieren. Sie muß von allen Einwänden der anderen Vertragspartei hinsichtlich sich möglicherweise ergebender Verzerrungen Kenntnis nehmen.

Artikel 24 a

Wenn auf Grund der Artikel 7 und 13 a

1. es zu einer Wiederausfuhr in ein Drittland kommt, demgegenüber die ausführende Vertragspartei, für das jeweilige Erzeugnis mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen, Ausfuhrzölle oder Maßnahmen und Abgaben gleicher Wirkung aufrechterhält, oder
2. im Zusammenhang mit einem für die ausführende Vertragspartei wesentlichen Erzeugnis ein schwerwiegender Versorgungsengpaß entsteht oder droht,

und wenn der ausführenden Vertragspartei in den vorgenannten Situationen ernste Schwierigkeiten entstehen oder zu entstehen drohen, kann diese Vertragspartei nach den Voraussetzungen und Verfahren des Artikels 27 geeignete Maßnahme treffen.“

Artikel 2

Artikel 27 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Artikel 27

(1) Legt eine Vertragspartei für die Einfuhr oder Ausfuhr von Waren, die die in den Artikeln 24, 24 a und 26 genannten Schwierigkeiten hervorrufen können, ein Verwaltungsverfahren fest, um schnell Informationen über die Entwicklung der Handelsströme zu erhalten, so teilt sie dies der anderen Vertragspartei mit.

(2) Die betroffene Vertragspartei stellt in den Fällen der Artikel 22 bis 26 vor Ergreifen der darin vorgesehenen Maßnahmen und in den Fällen des Absatzes 3 Buchstabe e umgehend dem Gemischten Ausschuss alle zweckdienlichen Angaben zur Verfügung, um eine gründliche Prüfung der Lage im Hinblick auf eine für die Vertragsparteien annehmbare Lösung zu ermöglichen.

Mit Vorrang sind die Maßnahmen zu treffen, die das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Die Schutzmaßnahmen werden dem Gemischten Ausschuss unverzüglich notifiziert und sind dort, insbesondere im Hinblick auf eine möglichst rasche Beseitigung, Gegenstand regelmäßiger Konsultationen.

(3) Für die Durchführung des Absatzes 2 gilt folgendes:

- a) Bezüglich des Artikels 23 können beide Vertragsparteien den Gemischten Ausschuss befragen, wenn ihrer Ansicht nach eine bestimmte Praktik mit dem guten Funktionieren dieses Abkommens im Sinne des Artikels 23 Absatz 1 unvereinbar ist.

Zur Prüfung des Falles und gegebenenfalls zur Beseitigung der beanstandeten Praktik erteilen die Vertragsparteien dem Gemischten Ausschuss alle zweckdienlichen Auskünfte und leisten die erforderliche Hilfe.

Hat die betreffende Vertragspartei innerhalb der im Gemischten Ausschuss festgesetzten Frist die beanstandete Praktik nicht eingestellt, oder kommt innerhalb von drei Monaten nach Befassung des Gemischten Ausschusses in diesem keine Einigung zustande, so kann die betroffene Vertragspartei die von ihr für erforderlich erachteten Schutzmaßnahmen treffen, um die aus den genannten Praktiken entstehenden ernsten Schwierigkeiten zu beheben; sie kann insbesondere Zollzugeständnisse zurücknehmen.

- b) Bezüglich des Artikels 24 werden die Schwierigkeiten, die sich aus der dort beschriebenen Lage ergeben, dem Gemischten Ausschuss zur Prüfung vorgelegt; dieser kann alle zweckdienlichen Beschlüsse zu ihrer Behebung fassen.

Hat der Gemischte Ausschuss oder die ausführende Vertragspartei innerhalb von dreißig Tagen nach der Notifizierung keinen Beschluss zur Behebung der Schwierigkeiten gefasst, so ist die einführende Vertragspartei berechtigt, auf die eingeführte Ware eine Ausgleichsabgabe zu erheben.

Bei der Berechnung dieser Ausgleichsabgabe wird die Inzidenz der für die verarbeiteten Rohstoffe oder Zwischenprodukte festgestellten Zolldisparitäten auf den Wert der betreffenden Waren zugrunde gelegt.

- c) Bezüglich des Artikels 24 a werden die Schwierigkeiten, die sich aus der dort beschriebenen Lage ergeben, dem Gemischten Ausschuss zur Prüfung vorgelegt. Bezüglich des Artikels 24 a Unterabsatz 2 ist der ausreichende Nachweis für einen drohenden Versorgungsengpaß mit entsprechenden Mengen- und Preisindikatoren zu liefern.

Der Gemischte Ausschuss kann alle zweckdienlichen Beschlüsse zur Behebung der Schwierigkeiten fassen. Hat der Gemischte Ausschuss innerhalb von dreißig Tagen nach seiner Befassung keinen Beschluss gefasst, so ist die ausführende Vertragspartei ermächtigt, für das jeweilige Erzeugnis vorübergehend geeignete Ausfuhrmaßnahmen zu verfügen.

- d) Bezüglich des Artikels 25 findet im Gemischten Ausschuss eine Konsultation statt, bevor die betroffene Vertragspartei geeignete Maßnahmen trifft.
- e) Schließen außergewöhnliche Umstände, die ein sofortiges Eingreifen erforderlich machen,

eine vorherige Prüfung aus, so kann die betroffene Vertragspartei in den Fällen der Artikel 24, 24 a, 25 und 26 sowie im Falle von Ausfuhrbeihilfen, die sich unmittelbar und sofort auf den Handel auswirken, unverzüglich die zur Abhilfe unbedingt erforderlichen Sicherungsmaßnahmen treffen.“

Artikel 3

Folgender Wortlaut wird dem Abkommen als Protokoll Nr. 6 angefügt:

„Protokoll Nr. 6

über die Beseitigung bestimmter mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen

Artikel 1

Die von der Gemeinschaft bei der Ausfuhr der nachstehend aufgeführten Erzeugnisse in die Republik Österreich angewandten mengenmäßigen Beschränkungen werden spätestens bis zu den im folgenden genannten Daten beseitigt.

Harmonisiertes System Position	Warenbezeichnung	Datum der Beseitigung
74.04	Abfälle und Schrott, aus Kupfer	1. 1. 1993
ex 44.01	Brennholz von Nadelholz sowie Holz von Kiefern und Tannen in Form von Plättchen oder Schnitzeln	1. 1. 1993
ex 44.03	Rohholz, auch entrindet, oder vom Splint befreit: - andere, ausgenommen Holz von Pappeln	1. 1. 1993
	Rohholz, zwei- oder vierseitig grob zugerichtet, nicht weiter bearbeitet - andere, ausgenommen Holz von Pappeln	1. 1. 1993
ex 44.07	Holz, in der Längsrichtung gesägt, gemessert oder geschält, aber nicht weiter bearbeitet, mit einer Dicke von mehr als 6 mm: - von Nadelholz, ausgenommen Brettchen zum Herstellen von Kisten, Sieben und ähnlichem	1. 1. 1993
ex 41.01	Rohhäute und Felle von Rindern, mit einem Stückgewicht von weniger als 6 kg	1. 1. 1992
ex 41.02	Rohe Felle von Schafen und Lämmern	1. 1. 1992
ex 41.03	Rohe Häute und Felle von Ziegen und Zickeln	1. 1. 1992
ex 43.01	Rohe Pelzfelle von Kaninchen	1. 1. 1992

Artikel 2

Die von der Republik Österreich bei der Ausfuhr der nachstehend aufgeführten Erzeugnisse in die Gemeinschaft angewandten mengenmäßigen Beschränkungen werden spätestens bis zu den im folgenden genannten Daten beseitigt.

Harmonisiertes System Nr. des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Datum der Beseitigung
aus 26.20	Aschen und Rückstände, hauptsächlich Zink enthaltend	1. 1. 1991
aus 26.20	Aschen und Rückstände, hauptsächlich Blei enthaltend: - Akkumulatorplatten und entleerte ganze Akkumulatoren	1. 1. 1991
aus 44.01	Holz von Abschnitzeln oder Teilchen: Spreisselholz	1. 1. 1993

Harmonisiertes System Nr. des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Datum der Beseitigung
aus 44.03	Rohholz, ausgenommen tropische Hölzer oder Holz mit Farbe, Beize, Kreosot und anderen Schutzmitteln behandelt: - Rohholz von Nadelbäumen, weder zwei- noch vierseitig, grob zugerichtet - Rohes Laubrundholz, Güteklasse B/C - Rohholz von Buchen für die Herstellung von Halbstoffen aus Holz ..	1. 1. 1993
74.04	Abfälle und Schrott, aus Kupfer	1. 1. 1993
76.02	Abfälle und Schrott, aus Aluminium	1. 1. 1993

Artikel 4

Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Zustimmung durch die Vertragsparteien gemäß ihren eigenen Verfahren.

Es tritt am 1. Jänner 1990 in Kraft, sofern die Vertragsparteien einander vor diesem Zeitpunkt den Abschluß der dafür erforderlichen Verfahren notifiziert haben.

Erfolgt das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls nicht zu diesem Zeitpunkt, so tritt es am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, der auf die Notifikation folgt.

Artikel 5

Dieses Zusatzprotokoll ist in zwei Urschriften abgefaßt, jede in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu Brüssel am 31. Oktober 1989.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Wolte

Für den Rat der Europäischen Gemeinschaften:

Vidal

Giola

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER VER- TRAGSPARTEIEN

zum Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend die Beseitigung bestehender und Verhinderung neuer mengenmäßiger Beschränkungen bei der Ausfuhr sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung

Die Vertragsparteien erklären, daß die Artikel 7, 13 a und 13 b des Abkommens für die in Artikel 2

des Abkommens spezifizierten Erzeugnisse gelten

- einschließlich der in Artikel 14 des Abkommens spezifizierten Erdölerzeugnisse,
- ausgenommen die unter das Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Österreich andererseits fallenden Erzeugnisse.

SUPPLEMENTARY PROTOCOL TO THE AGREEMENT BETWEEN THE REPUB- LIC OF AUSTRIA AND THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY CONCERN- ING THE ELIMINATION OF EXISTING AND PREVENTION OF NEW QUANTI- TATIVE RESTRICTIONS AFFECTING EXPORTS OR MEASURES HAVING EQUIVALENT EFFECT

THE REPUBLIC OF AUSTRIA

of the one part, and

THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY

of the other part,

HAVING REGARD to the Agreement between the European Economic Community and the Republic of Austria signed in Brussels on 22 July 1972, hereinafter called the "Agreement", and in particular to Article 32 thereof,

RECALLING the objective of creating a European Economic Space in accordance with the Joint Declaration adopted by Ministers of the EFTA countries and the Member States of the Community and the Commission of the European Communities in Luxembourg on 9 April 1984,

MINDFUL of the need to develop their trade relations in the interests of both their economies by eliminating existing and preventing any new barriers affecting their exports of products covered by the Agreement,

AWARE nonetheless that under certain exceptional circumstances a Contracting Party may be forced to take safeguard measures on exports and that specific provisions should be introduced to this end,

HAVE DECIDED TO CONCLUDE THIS PROTOCOL:

Article 1

The following Articles are inserted into the Agreement:

„Article 13 a

1. No new quantitative restriction on exports or measures having equivalent effect shall be introduced in trade between the Community and Austria.

2. Quantitative restrictions on exports and any measures having equivalent effect shall be abolished on 1 January 1990, except for those applied on 1 January 1989 to products listed in Protocol No 6 which shall be eliminated in accordance with the provisions of the said Protocol.

Article 13 b

A Contracting Party which is considering a change in the arrangements which it applies to exports to third countries shall, as far as may be practicable, notify the Joint Committee not less than thirty days before the proposed change comes into effect. It shall take note of any representations by the other Contracting Party regarding any distortions which may result therefrom.

Article 24 a

Where compliance with the provisions of Articles 7 and 13 a leads to

- (1) re-export towards a third country against which the exporting Contracting Party maintains, for the product concerned quantitative export restrictions, export duties or measures or charges having equivalent effect; or
- (2) a serious shortage, or threat thereof, of a product essential to the exporting Contracting Party;

and where the situations referred to above give rise or are likely to give rise to major difficulties for the exporting Contracting Party, that Contracting Party may take appropriate measures under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 27."

Article 2

The text of Article 27 of the Agreement is replaced by the following:

"Article 27

"1. In the event of a Contracting Party subjecting imports or exports of products liable to give rise to the difficulties referred to in Articles 24, 24 a und 26 to an administrative procedure, the purpose of which is to provide rapid information on the trend of trade flows, it shall inform the other Contracting Party.

2. In the cases specified in Articles 22 to 26, before taking the measures provided for therein or, in cases to which paragraph 3 (e) applies, as soon as possible, the Contracting Party in question shall supply the Joint Committee with all relevant information required for a thorough examination of the situation with a view to seeking a solution acceptable to the Contracting Parties.

In the selection of measures, priority must be given to those which least disturb the functioning of the Agreement.

The safeguard measures shall be notified immediately to the Joint Committee and shall be the subject of periodical consultations within the Committee, particularly with a view to their abolition as soon as circumstances permit.

3. For the implementation of paragraph 2, the following provisions shall apply:

- (a) As regards Article 23, either Contracting Party may refer the matter to the Joint Committee if it considers that a given practice is incompatible with the proper functioning of the Agreement within the meaning of Article 23 (1).

The Contracting Parties shall provide the Joint Committee with all relevant information and shall give it the assistance it requires in order to examine the case and, where appropriate, to eliminate the practice objected to.

If the Contracting Party in question fails to put an end to the practice objected to within the period fixed by the Joint Committee, or in the absence of agreement in the Joint Committee within three months of the matter being referred to it, the Contracting Party concerned may adopt any safeguard measures it considers necessary to deal with the serious difficulties resulting from the practices in question; in particular it may withdraw tariff concessions.

- (b) As regards Article 24, the difficulties arising from the situation referred to in that Article shall be referred for examination to the Joint Committee, which may take any decision needed to put an end to such difficulties.

If the Joint Committee or the exporting Contracting Party has not taken a decision

putting an end to the difficulties within thirty days of the matter being referred, the importing Contracting Party is authorized to levy a compensatory charge on the product imported.

The compensatory charge shall be calculated according to the incidence on the value of the goods in question of the tariff disparities in respect of the raw materials or intermediate products incorporated therein.

- (c) As regards Article 24 a, the difficulties arising from the situations referred to in that Article shall be referred for examination to the Joint Committee. With regard to sub-paragraph (ii) of Article 24 a the threat of shortage shall be duly evidenced by appropriate quantitative and price indicators.

The Joint Committee may take any decision needed to put an end to the difficulties. If the Joint Committee has not taken such a decision within thirty days of the matter being referred to it, the exporting Contracting Party is authorized to apply temporarily appropriate measures on the exportation of the product concerned.

- (d) As regards Article 25, consultation in the Joint Committee shall take place before the Contracting Party concerned takes the appropriate measures.

- (e) Where exceptional circumstances requiring immediate action make prior examination impossible, the Contracting Party concerned may, in the situations specified in Articles 24, 24 a, 25 and 26 and also in the case of export aids having a direct and immediate incidence on trade, apply forthwith the precautionary measures strictly necessary to remedy the situation."

Article 3

The following text shall be appended to the Agreement as Protocol No 6:

"Protocol No 6

concerning the elimination of certain quantitative restrictions on exports

Article 1

Quantitative restrictions applied by the Community on exports to Austria of the products listed below shall be eliminated at the latest on the dates indicated.

Harmonized System Heading No	Product Description	Date of elimination
70.04	Copper waste and scrap	1. 1. 1993
ex 44.01	Fuel wood, of coniferous wood and pine and fir shavings	1. 1. 1993
ex 44.03	Wood in the rough, whether or not stripped of its bark or merely roughed down	
	- Other, not including poplar	1. 1. 1993
	Wood, roughly squared or half squared but not further manufactured	
	- Other, not including poplar	1. 1. 1993
ex 44.07	Wood sawn lengthwise, sliced or peeled but not further prepared, of a thickness exceeding 6 mm	
	- of coniferous wood not including small boards for the manufacture of boxes, sieves or riddles and the like	1. 1. 1993
ex 41.01	Raw hides and skins of bovine animals weighing less than 6 kg per skin .	1. 1. 1992
ex 41.02	Raw skins of sheep and lambs	1. 1. 1992
ex 41.03	Raw hides and skins of goats and kids	1. 1. 1992
ex 43.01	Raw furskins of rabbits	1. 1. 1992

1108 der Beilagen

7

Article 2

Quantitative restrictions applied by Austria on exports to the Community of the products listed below shall be eliminated at the latest on the dates indicated.

Harmonized System Heading No	Product description	Date of elimination
ex 26.20	Ash and residues, containing mainly zinc	1. 1. 1991
ex 26.20	Ash and residues, containing mainly lead: - Accumulator plates and drained whole accumulators	1. 1. 1991
ex 44.01	Wood in chips or particles, edgings	1. 1. 1993
ex 44.03	Wood in the rough, except tropical woods or wood treated with paint, stains, creosote or other preservatives: - Coniferous wood in the rough, other than roughly squared - Round broad leaved wood in the rough, category B/C - Beech wood in the rough, for use in the manufacture of wood pulp ...	1. 1. 1993
74.04	Copper waste and scrap	1. 1. 1993
76.02	Aluminium waste and scrap	1. 1. 1993

Article 4

This Supplementary Protocol shall be approved by the Contracting Parties in accordance with their own procedures.

It shall enter into force on 1 January 1990 provided that the Contracting Parties have notified each other before that date that the procedures necessary to this end have been completed.

If the Supplementary Protocol does not enter into force on that date, it shall do so on the first day of the second month following such notification.

Article 5

This Supplementary Protocol is drawn up in duplicate in the German, Danish, Dutch, English, French, Greek, Italian, Portuguese and Spanish languages, each of these texts being equally authentic.

Done at Brussels on the thirty-first day of October in the year one thousand nine hundred and eighty-nine.

For the Government of the Republic of Austria:

Wolte

For the Council of the European Communities:

**Vidal
Giola**

JOINT DECLARATION BY THE CONTRACTING PARTIES

to the Supplementary Protocol to the Agreement between the Republic of Austria and the European Economic Community concerning the elimination of existing and prevention of new quantitative restrictions affecting exports or measures having equivalent effect.

The Contracting Parties declare that Articles 7, 13 a and 13 b of the Agreement shall apply to products specified in Article 2 of the Agreement,
— including the petroleum products specified in Article 14 of the Agreement,
— excluding the products covered by the Agreement between the Member States of the European Coal and Steel Community and the European Coal and Steel Community, of the one part, and the Republic of Austria of the other part.

PROTOCOLE ADDITIONNEL A L'ACCORD ENTRE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA COMMUNAUTE ECONOMIQUE EUROPEENNE, VISANT A ELIMINER ET A PREVENIR LES RESTRICTIONS QUANTITATIVES A L'EXPORTATION OU MESURES D'EFFET EQUIVALENT

LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE,

d'une part,

LA COMMUNAUTE ECONOMIQUE EUROPEENNE,

d'autre part,

VU l'accord entre la Communauté économique européenne et la République d'Autriche, signé à Bruxelles le 22 juillet 1972, ci-après dénommé « accord », et notamment son article 32,

RAPPELANT l'objectif de la création d'un espace économique européen conformément à la déclaration commune adoptée par les ministres des pays de l'AELE, les Etats membres de la Communauté et la Commission des Communautés européennes, à Luxembourg le 9 avril 1984,

SOUCIEUSES de la nécessité de développer leurs relations commerciales dans l'intérêt mutuel de leurs économies en éliminant les entraves existantes affectant les exportations des produits couverts par l'accord et en empêchant l'apparition de nouvelles entraves,

CONSCIENTES néanmoins que, dans certaines circonstances exceptionnelles, une partie contractante peut être contrainte à prendre des mesures de sauvegarde des exportations et que des dispositions spécifiques doivent être introduites à cet effet,

ONT DECIDE DE CONCLURE LE PRESENT PROTOCOLE:

Article 1

Les articles suivants sont insérés dans l'accord:

« Article 13 bis

1. Aucune nouvelle restriction quantitative à l'exportation ou mesure d'effet équivalent ne sont introduites dans les échanges entre la Communauté et l'Autriche.

2. Les restrictions quantitatives à l'exportation et les mesures d'effet équivalent sont supprimées le 1^{er} janvier 1990, à l'exception de celles appliquées au 1^{er} janvier 1989 aux produits visés au protocole n° 6, qui seront éliminées conformément aux dispositions dudit protocole.

Article 13 ter

La partie contractante qui envisage de modifier le régime qu'elle applique aux exportations vers les pays tiers doit, autant que faire se peut, en aviser le comité mixte au moins trente jours avant que la modification proposée n'entre en vigueur. Le comité prend note de toute observation de l'autre

partie contractante à l'égard de toute distorsion qui pourrait en résulter.

Article 24 bis

Lorsque le respect des dispositions des articles 7 et 13 bis entraîne:

1. la réexportation vers un pays tiers vis-à-vis duquel la partie contractante exportatrice maintient pour le produit visé des restrictions quantitatives à l'exportation, des droits à l'exportation ou des mesures d'effet équivalent, ou
2. une pénurie grave ou une menace de pénurie grave d'un produit essentiel pour la partie contractante exportatrice,

et lorsque les situations susvisées provoquent ou risquent de provoquer de graves difficultés pour la partie contractante exportatrice, cette dernière peut prendre des mesures appropriées dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 27. »

Article 2

L'article 27 de l'accord est remplacé par le texte suivant:

« Article 27

1. Si une partie contractante soumet les importations ou les exportations de produits susceptibles de provoquer les difficultés visées aux articles 24, 24 bis et 26 à une procédure administrative ayant pour objet de fournir rapidement des renseignements au sujet de l'évolution des courants commerciaux, elle en informe l'autre partie contractante.

2. Dans les cas visés aux articles 22 à 26, avant de prendre les mesures qui y sont prévues ou dès que possible dans les cas visés au paragraphe 3 point e) du présent article, la partie contractante en cause fournit au comité mixte tous les éléments utiles pour permettre un examen approfondi de la situation, en vue de rechercher une solution acceptable pour les parties contractantes.

Les mesures qui apportent le moins de perturbation au fonctionnement de l'accord doivent être choisies en priorité.

Les mesures de sauvegarde sont immédiatement notifiées au comité mixte et font l'objet, au sein de celui-ci, de consultations périodiques, notamment en vue de leur suppression dès que les conditions le permettent.

3. Pour la mise en œuvre du paragraphe 2, les dispositions suivantes sont applicables:

- a) en ce qui concerne l'article 23, chaque partie contractante peut saisir le comité mixte si elle estime qu'une pratique donnée est incompatible avec le bon fonctionnement de l'accord, au sens de l'article 23 paragraphe 1.

Les parties contractantes communiquent au comité mixte tout renseignement utile et lui prêtent l'assistance nécessaire en vue de l'examen du dossier et, le cas échéant, de l'élimination de la pratique incriminée.

A défaut pour la partie contractante en cause d'avoir mis fin à la pratique incriminée dans le délai fixé au sein du comité mixte, ou à défaut d'accord au sein de ce dernier dans un délai de trois mois à compter du jour où il est saisi, la partie contractante intéressée peut adopter les mesures de sauvegarde qu'elle estime nécessaires pour remédier aux difficultés sérieuses résultant de la pratique visée, notamment procéder à un retrait de concessions tarifaires;

- b) en ce qui concerne l'article 24, les difficultés résultant de la situation visées audit article sont notifiées pour examen au comité mixte qui peut prendre toute décision utile pour y mettre fin.

Si le comité mixte ou la partie contractante exportatrice n'ont pas pris une décision mettant fin aux difficultés dans un délai de trente jours suivant la notification, la partie contractante importatrice est autorisée à percevoir une taxe compensatoire sur le produit importé.

Cette taxe compensatoire est calculée en fonction de l'incidence sur la valeur des marchandises en cause des disparités tarifaires constatées pour les matières premières ou les produits intermédiaires incorporés;

- c) en ce qui concerne l'article 24 bis, les difficultés résultant des situations visées audit article sont notifiées pour examen au comité mixte. En ce qui concerne l'article 24 bis point 2), la menace de pénurie doit être dûment constatée par des indicateurs de quantité et de prix appropriés.

Le comité mixte peut prendre toute décision utile pour mettre fin à ces difficultés. Si le comité mixte n'a pas pris de décision dans un délai de trente jours suivant la notification, la partie contractante exportatrice est autorisée à appliquer temporairement des mesures appropriées aux exportations du produit visé;

- d) en ce qui concerne l'article 25, une consultation a lieu au sein du comité mixte avant que la partie contractante intéressée prenne les mesures appropriées;

- e) lorsque des circonstances exceptionnelles nécessitant une intervention immédiate excluent un examen préalable, la partie contractante intéressée peut, dans les situations visées aux articles 24, 24 bis, 25 et 26, ainsi que dans les cas d'aides à l'exportation ayant une incidence directe et immédiate sur les échanges, appliquer sans délai les mesures conservatoires strictement nécessaires pour remédier à la situation. »

Article 3

Le protocole suivant est ajouté à l'accord:

« Protocole N° 6

concernant l'élimination de certaines restrictions quantitatives à l'exportation

Article 1

Les restrictions quantitatives appliquées par la Communauté aux exportations vers l'Autriche des produits énumérés ci-après sont éliminées au plus tard aux dates indiquées.

Système harmonisé Position n°	Désignation des marchandises	Date d'élimination
70.04	Déchets et débris de cuivre	1. 1. 1993
ex 44.01	Bois de chauffage de conifères et copeaux de pins et de sapins	1. 1. 1993
ex 44.03	Bois brut, même écorcé ou simplement dégrossi: - autres, à l'exclusion du peuplier	1. 1. 1993
	Bois équarri ou demi-équarri mais sans autre transformation: - autres, à l'exclusion du peuplier	1. 1. 1993
ex 44.07	Bois scié longitudinalement, simplement tranché ou déroulé, d'une épaisseur excédant 6 mm: - de conifères, à l'exclusion des planchettes destinées à la fabrication de boîtes, tamis ou cribles et assimilés	1. 1. 1993
ex 41.01	Peaux brutes de bovins d'un poids inférieur à 6 kg par peau	1. 1. 1992
ex 41.02	Peaux brutes d'ovins	1. 1. 1992
ex 41.03	Peaux brutes de caprins	1. 1. 1992
ex 43.01	Pelletteries brutes de lapins	1. 1. 1992

Article 2

Les restrictions quantitatives appliquées par l'Autriche aux exportations vers la Communauté des produits énumérés ci-après sont éliminées au plus tard aux dates indiquées.

Système harmonisé Position n°	Désignation des marchandises	Date d'élimination
ex 26.20	Cendres et résidus contenant principalement du zinc	1. 1. 1991
ex 26.20	Cendres et résidus contenant principalement du plomb: - plaques d'accumulateurs et accumulateurs complets égouttés	1. 1. 1991
ex 44.01	Bois en plaquettes ou en particules, bordures	1. 1. 1993
ex 44.03	Bois bruts, à l'exception des bois tropicaux ou des bois traités avec une peinture, de la créosote ou d'autres agents de conservation: - bois bruts de conifères, autres qu'équarris - bois bruts feuilles en rondins, catégorie B/C - bois bruts de hêtres, pour la fabrication de pulpe de bois	1. 1. 1993
74.04	Déchets et débris de cuivre	1. 1. 1993
76.02	Déchets et débris d'aluminium	1. 1. 1993

Article 4

Le présent protocole additionnel est approuvé par les parties contractantes selon les procédures qui leur sont propres.

Il entre en vigueur le 1^{er} janvier 1990, à condition que les parties contractantes se soient notifiées avant cette date l'achèvement des procédures nécessaires à cet effet.

Après cette date, le protocole additionnel entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la notification.

Article 5

Le présent protocole additionnel est rédigé en double exemplaire en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise, chacun de ces textes faisant également foi.

Fait à Bruxelles, le trente-et-un octobre mil neuf cent quatre-vingt-neuf.

Pour le gouvernement de la République d'Autriche:

Wolte

Pour le Conseil des Communautés européennes:

Vidal

Giola

DECLARATION COMMUNE DES PARTIES CONTRACTANTES

au protocole additionnel à l'accord entre la République d'Autriche et la Communauté économique européenne, visant à éliminer et à prévenir les restrictions quantitatives à l'exportation ou mesures d'effet équivalent

Les parties contractantes déclarent que les articles 7, 13 bis et 13 ter de l'accord s'appliquent aux produits visés à l'article 2 de l'accord:

- y compris les produits pétroliers visés à l'article 14 de l'accord,
- à l'exclusion des produits couverts par l'accord entre les Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier et la Communauté européenne du charbon et de l'acier, d'une part, et la République d'Autriche, d'autre part.

VORBLATT**Problemstellung:**

Gemäß Artikel 32 Freihandelsabkommen Österreich—EWG kann im Interesse der Volkswirtschaften beider Vertragsparteien gegenständliches Abkommen auf Bereiche ausgedehnt werden, die nicht unter dieses Abkommen fallen. Im Zuge des follow up von Luxemburg fanden zwischen den EFTA-Staaten und den EG Expertengespräche statt, in deren Rahmen grundsätzlich Einvernehmen über Inhalt und Form einer Vereinbarung über einen generellen Abbau von Ausfuhrbeschränkungen erzielt wurde.

Problemlösung:

Durch das angenommene Zusatzprotokoll soll die Beseitigung bestehender Ausfuhrbeschränkungen und das Verbot der Einfuhr neuer Beschränkungen festgelegt werden. Für bestimmte besonders sensible Produkte ist eine Übergangsfrist bezüglich des Abbaues bestehender Ausfuhrbeschränkungen vorgesehen.

Alternativen:

Keine.

Voraussichtlich anfallende Kosten:

Keine.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das Zusatzprotokoll zum Freihandelsabkommen Österreich—EWG (BGBl. Nr. 466/1972) betreffend die Beseitigung bestehender und die Verhinderung neuer mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen der Maßnahmen gleicher Wirkung stellt einen gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Staatsvertrag dar und bedarf somit der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 1 B-VG. Es hat nicht politischen Charakter und enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Das vorliegende Protokoll ist im innerstaatlichen Rechtsbereich unmittelbar anwendbar, weshalb eine Beschlussfassung nach Artikel 50 Absatz 2 B-VG nicht erforderlich ist. Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder werden durch das Abkommen nicht berührt.

Im Rahmen von Gesprächen auf Expertenebene fanden zwischen den EFTA-Staaten und den EG Expertengespräche über die Beseitigung von Ausfuhrbeschränkungen statt. Ziel dieser Gespräche war die Beseitigung bestehender Ausfuhrbeschränkungen und das Verbot der Einführung neuer Beschränkungen. Im Rahmen von Vorgesprächen auf Expertenebene konnte grundsätzlich Einvernehmen über Inhalt und Form einer Vereinbarung zwischen den EFTA-Staaten und den EG erzielt werden. Durch eine entsprechende Änderung der einzelnen Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit der EWG sollen die Beseitigung bestehender Ausfuhrbeschränkungen und das Verbot der Einführung neuer Beschränkungen festgelegt werden. Für bestimmte, besonders sensible Produkte, ist eine Übergangsfrist bezüglich des Abbaues bestehender Ausfuhrbeschränkungen vorgesehen.

Dieses Protokoll tritt am 1. Jänner 1990 in Kraft, sofern die Vertragsparteien einander vor diesem Zeitpunkt den Abschluß der dafür erforderlichen Verfahren notifiziert haben. Erfolgt das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls nicht zu diesem Zeitpunkt, soll es am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft treten, der auf die Notifikation folgt. Dem Protokoll ist als Bestandteil eine interpretative Erklärung („joint declaration“) beigefügt, welche die Anwendung der Artikel 7, 13 a und 138 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der EWG (BGBl. Nr. 466/1972) betrifft.

Besonderer Teil

„Mit Artikel 1 des Zusatzprotokolls werden die Artikel 13 a, 13 b und 24 a in das Freihandelsabkommen Österreich—EWG eingefügt: Der neue Artikel 13 a enthält in seinem Absatz 1 das Verbot der Einführung neuer mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung, Absatz 2 sieht die Beseitigung aller bestehenden mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung mit 1. Jänner 1990 vor. Für bestimmte, besonders sensible Produkte, die in einem neuen dem Freihandelsabkommen Österreich—EWG angefügten Protokoll Nr. 6 aufgelistet sind, werden längere Fristen für den Abbau bestehender Ausfuhrbeschränkungen vorgesehen.“

Der neu in das Freihandelsabkommen Österreich—EWG eingefügte Artikel 13 b enthält Bestimmungen betreffend die Änderung der Ausfuhrregelung in Drittländer.

Der neue Artikel 24 a enthält eine Schutzklausel, gemäß der im Falle der Wiederausfuhr in Drittländer, denen gegenüber eine mengenmäßige Ausfuhrbeschränkung besteht, oder im Falle eines Versorgungsengpasses Maßnahmen ergriffen werden dürfen, vorausgesetzt, daß in den vorgenannten Situationen größere Schwierigkeiten für die ausführende Vertragspartei entstehen oder drohen und das Verfahren nach Artikel 27 eingehalten wird.

Durch Artikel 2 des Zusatzprotokolls wird Artikel 27 des Freihandelsabkommens Österreich—EWG angepaßt. In seiner neuen Fassung regelt Artikel 27 auch das Verfahren, das bei der Anwendung der Schutzklausel des Artikels 24 a einzuhalten ist.

Artikel 3 des Zusatzprotokolls enthält das neu dem Freihandelsabkommen angefügte Protokoll Nr. 6 über die Beseitigung bestimmter mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen. Dessen Artikel 1 und 2 legen für bestimmte, besonders sensible Produkte Übergangsfristen bezüglich des Abbaues bestehender Ausfuhrbeschränkungen fest.

Artikel 4 des Zusatzprotokolls bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zusatzprotokolls.“

1108 der Beilagen

13

Die interpretative Erklärung präzisiert den Warenbereich. So unterliegen den Artikeln 7, 13 a und 13 b des Abkommens nur die vom Abkommen selbst erfaßten Waren, einschließlich der Erdölzeugnisse des Artikels 14. Hingegen sind Waren des Kohle- und Stahlbereiches, die dem Abkommen

zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits (BGBl. Nr. 462/1972) unterliegen, ausgenommen.